

1,- Euro ist 1,- Euro zuviel!

Betroffene brauchen weiterhin kostenfreie Lebensmittel bei der „Rostocker Tafel“! +++ SAV fordert finanzielle Unterstützung durch die Stadt

In den vergangenen Wochen wurde in den Medien berichtet, dass der Verein „Rostocker Tafel“ überlegt, zukünftig einen Obolus für die Ausgabe von Lebensmitteln zu verlangen. Die „Tafel“ arbeitet seit vielen Jahren mit enormem ehrenamtlichen Engagement dafür, dass Lebensmittel nicht weggeworfen, sondern an Bedürftige ausgegeben werden. Angesichts der asozialen Politik in diesem Land sind immer mehr Menschen auf diese Art der Hilfe angewiesen. In vielen Ausgabestellen hat sich die Zahl der Betroffenen verdoppelt und somit stößt der Verein an seine Grenzen. Dies ist der Hintergrund, vor dem über die Abschaffung der Kostenfreiheit nachgedacht wird. Bislang ist von 1,- Euro die Rede, doch selbst ein so kleiner Betrag ist für die Ärmsten der Armen schon ein weiterer Einschnitt. Die Erfahrungen in den Tafel-Ausgabestellen machen dies deutlich. Schon jetzt steht ein Spendenschwein da, doch drin ist nicht viel – maximal 1,- bis 2,- Euro kommen zusammen.

Millionen für IGA und die eigene Tasche

Die Stadt und die etablierten Parteien stellten Millionen für die IGA – und die nachfolgende Misere – bereit. Oder nehmen wir unsere Abgeordneten in der Bürgerschaft: Der ehemalige Präsident der Bürgerschaft, Ralf Friedrich (SPD) bekam für seine **ehrenamtliche** Tätigkeit als Bürgerschaftspräsident monatlich eine „Entschädigung“ von 971,45 Euro plus 42 Euro Fahrtkosten. Aber scheinbar war es unter seiner Würde zu Fuss oder mit der Straßenbahn zur Bürgerschaft zu kommen, er ließ sich – auf Kosten der Stadt – für insgesamt 16.000 Euro (allein im Jahr 2004) stets mit dem Taxi kutschieren... (WarnowKurier 9.6.04) Während für ALG-II- oder Sozialhilfe-EmpfängerInnen, Al-



leinerziehende oder 1-Euro-Jobber und andere Arme schon ein Euro viel sein kann, kassieren unsere Abgeordneten neben ihrem normalen Gehalt zusätzlich auch noch die 30 Euro „Sitzungsgeld“ und 35 für die Monatskarte pro Monat. Uns ist lediglich die Abgeordnete der SAV/Liste gegen Sozialkahlschlag, Christine Lehnert, bekannt, die ihr „Sitzungsgeld“ jeden Monat an soziale Initiativen und ihre von der Stadt bezahlte Monatskarte an einen ALG-II-Empfänger abgibt. (Für den Zeitraum Juni-Dezember 2004 waren das immerhin über 400 Euro.)

Und diese Herrschaften wollen sich nun davor drücken, der Rostocker Tafel unter die Arme zu greifen und den notwendigen Betrag zu zahlen, der die weitere kostenfreie Lebensmittelausgabe sicherstellt.

Deshalb hat die Abgeordnete der SAV/Liste gegen Sozialkahlschlag, Christine Lehnert, in der Bürgerschaft am 4. Mai 05 beantragt, dass die Stadt einen Zuschuss zahlt. Dies wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP, B90 und Rostocker Bund abgelehnt.

„Sozial“Senator Wolfgang Nitzsche (PDS) hält Gebühr für „Stärkung des Selbsthilfepotenzial“

Selbst der PDS-Sozialsenator Nitzsche will die Armen zur Kasse bitten. Neben der Aussage, dass sein Budget ausgereizt sei, hatte er auch noch andere Argumente:

„in den staatlichen Leistungen (sind) auch Verpflegungsanteile enthalten“ ... und ... „Die bereitgestellten Lebensmittel mit einem geringen Obolus auszugeben, trägt auch zur Stärkung des Selbstwertgefühls der Betroffenen bei. Es werden keine Almosen verschenkt, sondern entsprechend der geringen Möglichkeiten wird ein kleiner finanzieller Beitrag ent-

Erst die Leute durch Arbeitsplatzabbau in die Armut treiben – und dann die Tafel sponsoren

Wenn der Verlust des Arbeitsplatzes ein „Armutsrisiko“ ist, dann liest sich die bundesweite Sponsorenliste der Tafel (www.tafel.de) fast wie ein Branchenbuch der großen Konzerne – und wie eine Liste der großen Arbeitsplatzvernichter:

DaimlerChrysler, SAT1-PRO-SIEBEN-Media AG, REWE, extra Märkte, ADAC, Continental, McKinsey, VodafoneD2, WÜRTTEMBERGISCHE Versicherung, TBWA München, holthausengroup, Burda Verlag, Gruner + Jahr, CINEMAXX Kinos, Aral, Credit Suisse (Deutschland) AG, Bahlsen, Sparkasse Hannover

richtet. Die geplante Vorgehensweise des Vereins dient somit auch der Stärkung der Selbsthilfepotenziale der Betroffenen.“ (Schriftliche Stellungnahme des Senators für Soziales, Jugend und Sport, Nitzsche, zum Antrag von Frau Lehnert die Tafel von der Stadt zu finanzieren.)

Nach diesem Motto müsste der Verein „Rostocker Tafel“ eigentlich den Sozialpreis 2000 zurückgeben, schließlich gab der Verein zu diesem Zeitpunkt die Lebensmittel noch kostenfrei aus. Dies muss doch nach der Auffassung des Senators dem „Selbstwertgefühl“ und den „Selbsthilfepotenzialen“ der Betroffenen stark geschadet haben.

Was dieser Sozialsenator und die Etablierten im Rathaus von sich geben, ist wirklich unverschämt und zeigt, wie weit weg sie von der Realität sind. Wir brauchen vernünftige Arbeit und Lohn, wir brauchen eine vernünftige Rente, von der wir leben können – das stärkt unser Selbstwertgefühl und nicht, wenn uns schon wieder in die Tasche gegriffen wird!

Nicht den Schwanz einkneifen!

Leider versucht die Vereinsführung der Rostocker Tafel bisher aus der Not eine Tugend zu machen. Der Vereinsvorsitzende Wegner meint, dass die Einführung eines Obolus eine „Entscheidung für den Betroffenen ist“. Scheinbar wollen sich manche im Verein ungern mit den Herrschaften im Rathaus anlegen. Doch genau das ist nötig!



In diesem Sinne rufen wir alle Betroffenen auf: Bringt euren Unmut im Verein zum Ausdruck und fordert, dass sich der Vereinsvorstand dafür einsetzt, dass die Stadt die notwendigen Gelder zur Verfügung stellt!

Rostocker Tafel e.V.

Tel. (0381) 4 90 75 18; Fax (0381) 5 10 89 98

Ruft den Sozialsenator an und erzählt ihm mal, wie das mit dem Selbstwertgefühl so ist...

„Sozial“senator Dr. Wolfgang Nitzsche

Tel. (0381) 381 500 1; Fax (0381) 381 500 5

Wenn wir zusammen stehen – Betroffene, UnterstützerInnen und Mitglieder der Tafel- bzw. der Ausgabestellen – dann können wir in dieser Stadt einiges bewegen.

1,- Euro ist 1,- Euro zuviel!

Für die weitere kostenfreie Ausgabe von Lebensmitteln bei der „Rostocker Tafel“!

Wofür die SAV und ich als Abgeordnete der SAV / Liste gegen Sozialkahltschlag uns einsetzen



Christine Lehnert,
Abgeordnete der
SAV / Liste gegen
Sozialkahltschlag

„Armut fällt nicht vom Himmel – Armut wird gemacht! Verantwortlich für elf Millionen Menschen, die offiziell in Deutschland in Armut leben und die über fünf Millionen Arbeitslosen, sind die Entscheidungsträger in Politik & Wirtschaft.

Gleichzeitig gehört dieses Land zu den reichsten Ländern der Welt. Doch der Reichtum ist höchst ungleich verteilt. Laut aktuellen Statistiken besitzen die reichsten zwei Prozent der Bevölkerung sage und schreibe 60 Prozent des gesamten Geldvermögens. Die reichsten 80 Milliardäre haben ein Vermögen von 328 Milliarden Euro... (isw 37, April05)

Hätte man diesen Steinreichen nur die Hälfte des Vermögenszuwachses seit 2003 weggesteuert, so hätte der Staat 50 Milliarden Euro mehr in der Kasse (isw 37, April05) ... und es wäre genug da um tariflich abgesicherte Arbeitsplätze und Lehrstellen im öffentlichen Dienst zu schaffen, die Sozialleistungen zu verbessern oder um die Tafel zu finanzieren. Wir meinen, die Stadt Rostock muss endlich der Landesregie-

rung in Schwerin die Hölle heiß machen, damit Gelder in die Kommunen kommen – und Schwerin soll die nötigen Summen bei Bundesfinanzminister Eichel einfordern. Es wäre für die Bundesregierung ein Leichtes, die Steuern bei den großen Banken, Konzernen und den Vermögenden einzutreiben – wenn sie nur wollte...

Doch Rot-Grün und CDU/FDP sind viel zu eng mit den Managern und Vermögenden verbunden, als dass sie sich mit denen anlegen und solche Schritte tun.

Während die oberen Zehntausend im Schlaraffenland leben, müssen wir bei der Tafel oder beim Arbeitsamt anstehen, oder um unseren Job bangen ...

Das ist der ganz normale Alltag im Kapitalismus.

Doch diese Verhältnisse müssen – und können! – geändert werden. Wir von der SAV, und ich als Abgeordnete, können unser Bestes versuchen, im Sinne der Interessen der Beschäftigten, Arbeitslosen, Jugendlichen und RentnerInnen.

Doch um Veränderungen zu erreichen, ist viel Druck von unten nötig. Wenn wir was erreichen wollen, dann müsst ihr euch organisieren.

Macht mit bei der SAV! Gegen die Krise des Kapitalismus, für eine sozialistische Alternative.“